

Correspondent

Erste
Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 1 M. 25 Pf.
Inserate
pro Spalte 25 Pf.

15. Jahrgang.

Freitag, den 2. Februar 1877.

N^o 14.

Verbandsnachrichten.

In Frankfurt a. M. Conflict in Tarif-Angelegenheiten.

Thüringen. Aufgefordert werden zur sofortigen Abtragung ihrer Schulden resp. Steuerreste an den Gau die Setzer S. Pieper aus Berlin, A. Eilke aus Gölleda und Ad. Kriegel in Meiningen.

Deffau. Bei der am 27. Januar stattgefundenen Neuwahl des Ortsvorstandes wurden gewählt: Gustav Kirke als Vorsitzender, Heintz. Hesse als Kassirer und Robert Bley als Schriftführer, sämtlich in der Heybruchs'schen Hofbuchdruckerei. — Alle Geldsendungen sind zu richten an Heintz. Hesse in der Heybruchs'schen Hofbuchdruckerei (L. Reiter).

Gleiwitz (O.-Schlesien). Conditionsanerbietungen nach hier sind vorzüglich aufzunehmen.

Mürnberg. In der Generalversammlung des Ortsvereins „Typographia“ vom 27. Januar o. wurden gewählt: Als Vorstand G. Stammlinger (Zegels Buchdr.), als Kassirer Hans Sauer (Lümmel's Buchdr.), als Schriftführer Fr. Ritzmann (Genossenschaftsbuchdr.), als Bibliothekar die Herren Zink und Mährlein.

Die Ortsvereine- und Mitgliedschaften des Gau's Franken werden darauf aufmerksam gemacht, daß am 10. Februar Urabstimmung über die Vereinigung der drei Gaus zu einem bayerischen Gau stattfindet. Die Herren Ortsvorsteher und Vertrauensmänner sind ersucht, das Nöthige zu veranlassen und bis längstens den 12. Februar dem Gauvorsteher die Urabstimmungs-Formulare zuzusenden. — Gleichzeitig werden die Urabstimmungs-Formulare, betreffend die Vorschläge der Delegirten-Conferenz, versandt werden. Termin für die Urabstimmung: 15. Februar. Es wird ersucht, besonders Augenmerk darauf zu richten, daß eine Verwechslung nicht stattfindet.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Kiel der Setzer Fr. Radloff, geb. am 22. März 1858 in Liegnitz, ausgereist am 1. October 1875 in Schwedt a. d. V.; war noch nicht im Verbands. — J. Chr. Heismann in Hensburg, Große Straße 40.

Kundschau.

Die Frage, ob Schabenerfab-Ansprüche wegen unberechtigter Aufhebung des Arbeitsverhältnisses zwischen Gewerbetreibenden und ihren Gehilfen auch vor den ordentlichen Gerichten anhängig gemacht werden können, ist vom Reichs-Oberhandelsgericht verneint worden. Es heißt in dem betr. Erkenntnis: Der § 108 spricht nicht bloß von Streitigkeiten, in denen es sich darum handelt, ob das Arbeitsverhältnis anzutreten, fortzusetzen oder aufzuheben — auch nicht allein von Processen, in denen Antritt, Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeitsverhältnisses gefordert wird, sondern allgemein von „Streitigkeiten, die sich auf den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeitsverhältnisses beziehen“. Die Absicht des Gesetzes geht unverkennbar dahin, daß von den im Gesetz bezeichneten besonderen Behörden, weil sie in der Regel den in Betracht kommenden Verhältnissen näher stehen, vermöge ihrer größeren Vertrautheit mit den Personaten und Localien und den Gewerbszuständen eher eine billige schlichtende Ausgleichung oder eine technisch begründete Entscheidung zu erwarten sei als von der richterlichen Cognition. Diese Absicht trifft aber nicht nur dann zu, wenn darüber gestritten wird, ob das Arbeitsverhältnis fortzusetzen oder zu lösen, sondern eben soviel auch dann; wenn das Arbeitsverhältnis thatsächlich gebrochen ist und nicht die landesgesetzliche, gar nicht verfolgbare Wiederaufnahme desselben, son-

dern die Berechtigung zur thatsächlichen Lösung und die davon abhängende Leistung des Erfüllungszweckes Gegenstand des Streites ist.

Bei Berechnung des Schadenersatzes an einen Beamten, welcher beim Betriebe einer Eisenbahn verletzt und erwerbsunfähig gemacht worden, ist nach einem Erkenntnis des Reichs-Oberhandelsgerichts außer dem Gehalt auch der Wohnungsgelbzuschuß, und zwar letzterer nach dem Tarifgrade des Ortes, in welchem der Beamte zur Zeit des Unfalles functionirt hat, in Betracht zu ziehen, selbst wenn zur Zeit des Unfalles das Gesetz betreffend die Bewilligung von Wohnungsgelbzuschüssen noch nicht in Kraft getreten war und somit der verletzte Beamte zur Zeit noch keinen Wohnungsgelbzuschuß bezogen hatte.

Das Berliner Stadtgericht verhandelte in diesen Tagen gegen die Leiter der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und des Berliner socialistischen Arbeiter-Vereins wegen Zuhälterhandels gegen das Vereinsgesetz. Angeklagt waren 10 Personen. Der Staatsanwalt Lessendorf nimmt an, daß die Partei lediglich eine Fortsetzung des geschlossenen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der ebenfalls geschlossenen social-demokratischen Arbeiterpartei sei, daß ferner der zweitgenannte Verein nur ein Zweig-Institut der ersten sei und daß beide mit einander als politische Vereine in einer strafbaren Verbindung gestanden haben. Die von dem Geschäftsführer des Wahlvereins Schriftführer Heinich einberufenen Versammlungen seien zwar als öffentliche z. bezeichnet worden, nichtsdestoweniger wären dieselben als solche des Vereins anzusehen, weil in denselben zum Beitritt aufgefordert und die Mitgliederbeiträge in Form des Verkaufs des Blättchens „Der Wähler“ eingezogen worden sind. Der Gerichtshof erkannte im Wesentlichen dem Antrage des Staatsanwaltes gemäß, namentlich auf die Schließung der Vereine, weil dieselben den Umsturz des Staates bezweckten, welches

Zur Orthographie-Reform.

(Fortf. und Schluß aus Nr. 11.)

Dem zeitweise auftauchenden Eifer für Ausmerzung aller nichtdeutschen Elemente aus der deutschen Sprache schließt sich Dr. Friede nicht an, da wir viele ganz alltägliche Begriffe ohne Zuhilfenahme fremdsprachlicher Wörter gar nicht oder nur durch weitläufige Umschreibung ausdrücken könnten, aber er fordert, daß diese Wörter auf eine für den Deutschen verständliche Weise gesprochen und geschrieben werden, wobei allerdings zu unterscheiden, ob die Fremdwörter nur citirte, also als fremde Elemente in der Sprache auftretende, oder eingewanderte, als integrierende Theile der Rede zu betrachtende, oder eingebürgerte sind. Die Wörter der ersten Kategorie sind als Fremdlinge in unserer Rede nicht den deutschen, sondern ihren heimischen Gesetzen unterworfen, wo sie gebraucht (was übrigens möglichst zu vermeiden ist), soll sie auch fremdnational aussprechen und schreiben können, dagegen unterliegen die eingewanderten Wörter den deutschen Sprachgesetzen und werden dadurch zu eingebürgerten. Aus diesem Grunde ist der Laut zu germanisiren durch Ueberleitung, ferner durch Umlautung, d. h. die betr. Wörter behalten ihre fremdnationalen Laute, soweit diese mit den deutschen übereinstimmen, während die undeutschen Laute durch deutsche, den fremden möglichst gleichkommende ersetzt werden. Als Regel gilt Friede auf: Jede ganze Germanisirung muß sorgfältig erhalten und die halbe allmählich in eine ganze verwandelt werden; sehr alte Germanisirungen, sowie solche, von denen sich deutsche Sprossformen gebildet haben, oder mit deren jetziger Form die Nation einen Begriff verbindet, dürfen nicht berichtigt werden. Betreffs des Accentes ist noch zu merken, daß ungerade Sylben mit einander verwandt

sind, 3 mit 1, aber nicht mit 2; weil in dem einfachen mehrsyllbigen Worte auf die accentuirte Sylbe stets eine unaccentuirte folgt, die dritte aber einen Nebenaccent hat, daher dürfen wir beim Germanisiren eines mehrsyllbigen Fremdwortes den Accent von der letzten auf die drittletzte, verwandte legen, aber nie von der letzten auf die vorletzte oder von der vorletzen auf die drittletzte. Bei zweisyllbigen Namen, wenn sie aus schwach accentuirten Sprachen stammen, ist das Zurückziehen des Accentes von der letzten auf die vorletzte Sylbe zum Zwecke des Germanisirens erlaubt, weil unser deutscher Accent den Eingebornen doch fremd klingt, auch wenn wir ihn auf die letzte Sylbe legen, und weil andererseits der Trochäus (—) die deutsche Normalform ist.

In dem nächstfolgenden Kapitel, die Germanisirung durch die Schrift, bekämpft der Verfasser in höchst interessanter Weise die sogenannte historische Schreibung. Der Grundsatz der letztern: „Nicht der Laut, sondern die Abstammung ist Hauptsache“, habe zu dem Erfragungsfrage geführt, daß kein Deutscher ein deutsches Buch richtig lesen könne, oder besser: Um ein deutsches Buch correct zu lesen, muß der Deutsche außer seiner Muttersprache so viel fremde Sprachen lernen, wie es Wörter gab und giebt, welche in Geschichte, Geographie und Literatur Erwähnung finden, und hat er sie sämtlich gelernt, so steht er dennoch vor unübersteiglichen Schwierigkeiten. Um diesem Uebelstande gründlich abzuhelfen, resp. den oben mitgetheilten Regeln gemäß zu verfahren, wonach in deutschen Büchern alle Fremdwörter deutschnational zu drucken, empfiehlt der Verfasser, hinter der deutschnationalen Schreibung eingewanderte Namen die fremdnationale Schreibung in Klammern beizufügen, bei eingebürgerten Wörtern dagegen die letztere vor und die deutsche Schreibung in Klammern, und zwar

so lange, bis sich die lautrichtige Schreibung eingebürgert hat. Ferner empfiehlt sich bei den eingewanderten Namen die Anwendung von Accenten, wie schon oben bemerkt.

Das Schlußkapitel behandelt die Ausführung der Reform. Das Hauptgewicht legt der Verfasser auf die Schule, er räumt den Schulmännern die einflußreichste Stellung bei Behandlung der Orthographie-Frage ein, weil die Schule Wissenschaft und Leben zu einem organischen Ganzen verbindet und weil die Gelehrsamkeit erst zur Wissenschaft wird, wenn sie sich dem Leben anschließt. Es soll eine neue Conferenz einberufen werden, bestehend aus etwa acht Lehrern (Elementar-, Real- und Gymnasial-Lehrern), zwei Sprachforschern, zwei Schriftstellern, zwei Zeitungsredactoren, einem Industriellen und einem Buchdrucker. Gewählt sollen aber nur Honoratäre werden, da sich die Nation gegen die Historiker bereits auf das Entschiedenste erklärt hat. Gelung der Feststellung bestimmter Gesetze, so soll der Staat dieselben sanctioniren und ihre Befolgung anordnen.

Nächstlich der Schule wird bestimmt, daß zunächst die Bibel und das erste Lesebuch umgedruckt werden. Mit dem Beginne eines Schuljahres fängt auch die Unterweisung nach dem verbesserten System an. Nach fünf oder sieben Jahren darf kein altes Buch mehr gebraucht werden, weder in einer Privat- noch in einer öffentlichen Schule. Alle neueren Auflagen der für höhere Schulen bestimmten Bücher sind, wie die neu erscheinenden Werke, unweigerlich nach dem Gesetze zu drucken. Nächstlich der übrigen Bücher ist noch eine zehnjährige Frist gestattet; erst nach Ablauf derselben tritt Zwang ein (?). Beamte haben sich der neuen Schreibung zu bedienen.

Betr. der periodischen Presse soll das neue System den wissenschaftlichen Blättern sogleich, den politischen

Ziel um so weniger gebuldet werden dürfe, als das Vereinsorgan allgemeine Unzufriedenheit durch Heftigkeit zu erregen suche. Von den Angeklagten seien indes nur Heinsch zu 6 Wochen, der Privatsecretair Derossi zu 2 Monaten, der Buchdrucker Greifenberg zu 1 Monat und der Buchhändler Geib zu 3 Wochen Gefängnis zu verurtheilen, die übrigen wegen nicht directer Leitung freizulassen.

In Mühlheim bei Offenbach wurde eine Kranken-Unterstützungskasse gegründet, welche jedem Socialdemokraten nicht nur den Beitritt verweigert, sondern auch solche Mitglieder ausschließt, welche während ihrer Mitgliedschaft Socialisten werden. Bekanntlich haben auch die Hirsch-Dunder'schen Gewerkvereine kürzlich eine ähnliche Bestimmung betr. der Aufnahme getroffen, und sind dadurch in das politische Lager übergegangen. Es ist nicht nur tactlos, sondern widerspricht auch dem eigentlichen Zweck der Gewerkvereine, die Aufnahme von Mitgliedern von einer bestimmten politischen Parteistellung abhängig machen zu wollen. So lange dies seitens der bestehenden Gewerk-, bezieh. Fachvereine geschieht, ist an eine Stärkung dieser Vereine nicht zu denken — das sollte man doch endlich einsehen lernen.

Frankreich. Der Unterrichtsminister hat vor kurzer Zeit die Gemeinden und Departements aufgefordert, zur Unterhaltung der Elementarschulen Beiträge zu bewilligen, durch welche die Aufhebung des Schulgeldes ermöglicht wird, und für solche Fälle, in denen die localen Kräfte nicht ausreichen, die Beihilfe des Staates in Aussicht gestellt. Infolge des bezüglichen Rundschreibens haben bereits über tausend Gemeinden die Unentgeltlichkeit des Volksunterrichtes eingeführt und ihre Zahl ist immer noch im Wachsen.

Wie man dem „Moniteur universel“ aus Lyon telegraphirt, hat der dortige Gemeinderath 200,000 Frs. für die Arbeiter bewilligt, welche unter der „Krise“ leiden.

Spanien. Nach einer Veröffentlichung der „Gaceta de Madrid“ betrug die schwebende Schuld Spaniens am 1. Januar d. J. 127,889,755 Pesetas 45 Centes (1 Peseta = 80 Pf. = 100 Centes).

Correspondenzen.

Berlin, 27. Januar. Bezugnehmend auf die in Nr. 9 des „Corr.“ enthaltene Antwort des M. Correspondenten unter Leipzig, 14. Januar, auf meinen in Nr. 8 gebrachten Artikel (L. Berlin, 15. Januar) — eigentlichlich, daß die Antwort ein früheres Datum trägt, jedoch später hineinkommt als der L. Artikel — wird wol ein jeder Leser des „Correspondent“ das nicht herausfühlen, was von dem Herrn M. Correspondent namentlich Berlin vorgeworfen wird. Wenn ich in meinem Artikel über eine Sitzung des hiesigen Vereins amtl. referirte und zum Schluß hinzufügte, daß die Collegen Deutschlands uns noch auf wenige Wochen zur Seite stehen möchten, so ist in keiner Weise damit ausgesprochen, daß wir uns nur örtlich um die eigenen Interessen bestimmen, dagegen den Verband, resp. die Lage der Collegen anderer Städte gar nicht in Betracht ziehen. Es ist bisher absichtlich

und belletristisch erst später angethan werden, damit sich das Publicum mit der Neuerung durch die heranwachsende Jugend erst vertraut machen könne. Regierungsorgane sind sofort nach dem neuen Systeme zu drucken.

Die Lehrer sollen sämmtliche Schüler mit dem Systeme bekannt machen, jedoch dasselbe vorerst nur in den Oberklassen bei schriftlichen Arbeiten in Anwendung bringen. Daß auch von privater Seite, theils durch persönliche Anregung, theils durch Bildung von Vereinen, für die Neuerung gewirkt werden muß, ist selbstverständlich.

Im Anhang finden sich Proben älterer und neuerer Orthographie, eine vergleichende Zusammenstellung der Reformvorschl. bemerkenswerthe Ausprüche verschiedener Schriftsteller über die Reform und Bemerkungen über die Kernarbeit der von der Berliner Konferenz vorgeschlagenen Schreibung.

Wir haben im Vorstehenden den wesentlichen Inhalt der Friede'schen Vorschläge wiedergegeben. Das Ganze macht, gleichviel ob man sich mit den einzelnen Ausführungen für den Augenblick einverstanden erklären kann oder nicht, insofern der exacten Beweisführung einen höchst günstigen Eindruck auf den Leser und ist schon aus diesem Grunde allen Denjenigen, welche sich für die Orthographie-Reform interessieren, die Lectüre des betr. Werkes auf's Angelegentlichste zu empfehlen. — Was die technische Herstellung betrifft (Solltau in Norden), so wollen wir nur bemerken, daß der Mangel eines jeden Zwischenschlages bei Verwendung von Texta-Druckzügen, sowie der Satz des Titels (sowol hinsichtlich der Schriftwahl als der Sperrung) hofentlich nicht zu den Neuerungen gehören.

von unserer Seite in keiner Weise auf die so oft im „Corr.“ gebrachten „Provocationsartikel“ gegen Berlin geantwortet worden, da namentlich auf dem letzten Delegirten-tage in Leipzig gegenseitig das Versprechen gegeben wurde, mit dergleichen Artikeln, die der Allgemeinheit und dem Verbanne nur Schanden bringen, die Leser unsers Blattes zu verschonen; jedoch fortwährend folgten Angriffe* in der oft ungerechtfertigten Weise, ohne irgend welchen Anhalt dazu, und es kann daher auch nicht Wunder nehmen, wenn Collegen, welche nicht bloß dem Verbanne, sondern auch dem hiesigen Vereine seit Anfang (1862) angehören, sich schließlich sagen müssen, einem solchen fortwährenden Agitiren und Gebahren lieber den Rücken zu kehren. Wenn ich ferner in meinem Artikel hervorhob, daß es unmöglich sei, eine Institution (Conditionslosenkasse), welche für die hiesigen Collegen so Segensreiches im Gefolge gehabt hat, fallen zu lassen, so waren hier namentlich die seit der Aussperrung noch conditionslosen Collegen in's Auge gefaßt, denn es existiren hier noch immer ca. 80 Collegen, welche noch keine Arbeit seit dem 28. Juni v. J. gehabt, außerdem aber auch ein großer Theil solcher Collegen, welche nach 16—20wöchentlicher Wälze hierher zurückgekehrt, ebenfalls noch conditionslos sind. Was nur die Phrase betrifft, die der Herr M. Correspondent anführt, daß „wir Großstädter nur für uns selbst sorgen, der übrigen kleinen Orte nicht bedürfen“, so ist dies mindestens als „gehässig“ zu bezeichnen; da namentlich Berlin mit seiner Conditionslosenkasse (seit 1. Juli 1874) so liberal wie irgend möglich gegen Collegen, welche zureisten, war und noch heute ist, mit einem Worte, man sieht aus dem ganzen Artikel, daß er nur den einen Zweck verfolgt, die betr. Collegen süßen zu lassen, was augenblicklich für sie gethan wird, ohne aber zu bedenken, daß dieselben Collegen sich stets bewußt waren und noch bewußt sind, für die Interessen ihrer Collegen einzutreten und dasselbe auch ferner mit aller Kraft zu thun, „ohne denselben dies bei irgend einer Gelegenheit vorzuwerfen, resp. damit zu prahlen!“ — Eine Conditionslosenkasse in einer Zeit einzurichten, wo ein Drittel conditionslos, resp. auf der Wälze sich befindet, dies wird ein jeder College wol zugeben müssen, ist so unpraktisch wie unklug. Warum mußte die Gothaer Commission erst ein Jahr später zusammentreten, warum eine im Juni 1874 beschlossene Sache erst October 1875 zur Einführung gelangen? Ich glaube wol, wäre diese Kasse ein Jahr früher in's Leben getreten und hätte ein Jahr ruhiger Zeit Probe gehabt, so würden die Erfahrungen bei beiden Kassen, Conditionslosen- und Reiskasse, bewiesen haben, daß die Berechnungen ebenso falsch gewesen wären wie später, aber sie hätten das für sich gehabt, zu wissen, mit wieviel Steuern man in „normalen“ Zeiten auskommen konnte. In einem spätem Artikel werde ich mir erlauben, auch meine Ansichten über die „Reorganisation“ zu veröffentlichen, werde aber auch nicht verhehlen, den Vorwurf, der ja in letzter Zeit so oft durch die Spalten des „Corr.“ gegangen ist, entkräften zu suchen, als ob einzelne Personen in den Vereinen an der ganzen Misere des Verbandes Schuld seien, sondern nöthigenfalls auch beweisen, daß der Krebsgeschaden im Verbanne an ganz anderer Stelle zu suchen ist.

K. Offen, 22. Januar. (Schluß.) Leider wurden über einen, wir möchten sagen, fast den wichtigsten Beschluß der Konferenz nur wenige Worte verloren. Wir meinen nämlich die Abschaffung der Buchdrucker-tage. Obwohl es beinahe schon selbstverständlich ist, daß, wenn der 17er Ausschuß abgelehnt wird, die Buchdrucker-tage beibehalten werden (was wir nämlich aus dem vor Kurzem veröffentlichten Fragen zur Urabstimmung zu entnehmen glauben), so können wir uns mit denselben doch nicht recht befreunden, besonders wenn man die Steigerung der Kosten derselben in's Auge faßt; und im Grunde genommen, sollte man glauben, die Delegirtenversammlungen im Vereine mit der Urabstimmung wären bei weniger Kosten ebenso gut im Stande, Erpriestliches zu schaffen und über „wichtige Angelegenheiten“ zu berathen und zu beschließen, wie die kostspieligen Buchdrucker-tage. Natürlich bedürfte dann § 9 des Verbandsstatutes noch einer zweckmäßigen Abänderung. — Der Vorstehende erwähnt die Versammlung noch, bei der Urabstimmung sich nach den heutigen Beschlüssen zu richten und geht zum zweiten Punkt der Tagesordnung (Beurlaubungsfrage) über. Der Referent, Herr Surmann, welcher feinerzeit so warm für eine Discussion dieser Frage eingetreten war, das erste Mal aber Vertagung beantragte, „da ihm heute das nöthige Material nicht zu Gebote stände“, glänzte diesmal durch seine Abwesenheit. Der Vorstehende ersuchte denn auch, die Versammlung möge sich mit ihm einverstanden erklären, wenn dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt würde. Die Versammlung stimmte dem auch bei, und selbst Herr Schöret, welcher, nebenbei bemerkt, in der letzten Bezirksversammlung (f. „Corr.“

1876, Nr. 127) in der Annahme des Vertagungsantrages derselben Angelegenheit zu sehen glaubte, daß „die Beurlaubungsfrage den Mitgliedern eine zu trockene Materie sei“, erklärte sich mit dem Vorstehenden vollkommen einverstanden, da in dieser Angelegenheit ohne Mithilfe der Principale oder der Gesetgebung doch nichts zu machen sei. (?) — Zum dritten Punkte (Vorbesprechung über etwa zu stellende Anträge für den nächsten Gantag) erklärt Herr Stommel, der Ortsverein Oberhausen habe beschlossen, den Antrag einzureichen, daß in Zukunft der Gauvorsteher nicht mehr von den Mitgliedern des Borortes, sondern von der Gauversammlung gewählt werden soll. Es entspinnt sich hierüber eine längere Debatte, in der jedoch die meisten Redner gegen diesen Antrag sprachen. Wegen der vorgerückten Zeit ersucht der Vorstehende, allenfallsige Anträge an den Bezirksvorstand einzureichen, welcher nach Bedürfnis eine außerordentliche Versammlung einzuberufen habe, um über dieselben berathen zu können. — Vierter Punkt (Wahl des Ortes der nächsten Versammlung). Vorgefchlagen wurden Duisburg, Oberhausen und Steele, und Oberhausen gewählt. — Fünfter Punkt: Verschiedenes. Der Vorstehende theilt mit, daß von den Collegen in Dülmen ein Gesuch um Anschluß an den hiesigen Bezirksverein eingereicht worden sei. Herr Nagot-Dülmen erklärt bezüglich dessen hierauf, die dortigen Collegen hätten sich öfters sowol schriftlich als auch persönlich nach Münster gemant, aber ohne Erfolg. Sie wollten daher auch keine weiteren Versuche mehr machen, und möchten sich dem hiesigen Bezirke anschließen, da sie sahen, daß hier doch ein regeres Vereinsleben herrsche, als dort. Nachdem der Vorstehende erklärt hatte, der Gauvorstand würde einem zustimmenden Beschlusse beipflichten (Dülmen war nämlich früher kein Druckort), wurden die Dülmer Collegen mit großer Majorität in den Bezirk aufgenommen. — Der Vorstehende der Krankenkasse macht noch darauf aufmerksam, daß sämmtliche Mitglieder die nun nach dem Hilfskassengesetz abgeänderten und genehmigten Statuten zu unterschreiben und dann als bindend anzuerkennen haben. Besonders müssen alle etwaigen Kassenschulden gedeckt werden und wird in Zukunft streng nach dem Statut gehandelt, nämlich mit acht Wochen Rest abgeschlossen werden. — Obwohl bei Eröffnung der Versammlung der Saal durch Collegen ziemlich besetzt war, so konnte man doch die zum Schluß noch Anwesenden ohne alle Mühe zählen. Es ist nämlich hier so Usus, man „geht mit“, wohnt auch der Eröffnung der Versammlung bei, aber dann hat man auch keine Schuldigkeit gethan; den Verhandlungen beizuwohnen, ist langweilig. Wir müssen daher auch unserm Gaukassirer vollkommen bestimmen, wenn er sagt: Wozu bebarst es einer Reorganisation? Mögen sich die Mitglieder zuerst unter sich reorganisiren, d. h. komme ein Jeder seiner Pflicht als Mitglied eifrig nach, und alles Andere reorganisirt sich dann von selbst! Mögen sich das Alle zu Herzen nehmen, besonders diejenigen, welche so gern das Bezahlen der Beiträge vergessen!

B. Frankfurt a. M., 27. Januar. (Versammlungs-Bericht.) Die am 24. d. Mts. stattgehabte, erst durch das Schiedsgericht, dann durch die Reichstagswahlen etwas verspätete Versammlung besaß sich nach Erledigung einiger geschäftlichen Mittheilungen mit der in der Rumpf & Meis'schen Officin, (mofelbst seit einigen Monaten die von Augsburg hierher übergesiedelte conservative „Deutsche Reichspost“ hergestellert wird) bevorstehenden Reduction des Localzuschlages von 20 auf 10 Proc. Herr Rumpf erklärte letzten Samstag seinem Personal, daß er von nächster Woche an nur noch 10 Proc. Localzuschlag bezahlen könne, die Schmutzconcurrentz (als ob seit Verfabren keine solche wäre!) der übrigen Principale triebe ihn dazu; es thue ihm das sehr leid u. c., aber er könne nicht anders; wenn das nicht convenire, habe zu kündigen. Nachdem es auf Anrathen des Gauvorstehers gelungen war, Hrn. Rumpf zu bestimmen, vorläufig wenigstens bis Donnerstag, den nächsten Rechnungsabfchluß, die 20 Proc. zu zahlen (um Zeit für eine Vereinsversammlung zu gewinnen) und die Mitglieder der R.'schen Druckerei erklärt hatten, sich in der Angelegenheit vollständig bei den Vereinsbeschlußfassen zu fügen, sprachen in der Versammlung sich alle Redner lebhaft für Aufrechterhaltung des Zuschlages von 20 Proc. und für Kündigung der Betreffenden aus, in welchem Sinne die Versammlung auch einstimmig beschloß; eine Commission, in welche die Herren Böll und Fischer nebst zwei Mitgliedern der R. & M.'schen Druckerei gewählt wurden, erhielt den Auftrag, die Zurücknahme der Reducirungsmaßregel nochmals zu versuchen*. Gelingt dies nicht, so ist für Sonntag eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung in Aussicht genommen, da die Sache Alle berührt und auch Nichtverbandsmitglieder zu unterstützen sein werden. Hoffen wir, daß durch einmüthiges Eintreten für die mit Reduction bedrohten Collegen die betr. Herren zum Nachgeben gezwungen werden,

* Uns ist von derartigen Angriffen nach der Delegirten-Versammlung nichts bekannt.

* Der liebe Mühe war leider umsonst!

wofür zu werten auch alle auswärtigen Kollegen, besonders durch Fernhalten des Zuguges, ersucht werden. — Ein Conflict in der Mahlau & Walschmidt'schen Druckerei bildete den zweiten Punkt der Tagesordnung. Die schon von ihrem früheren Drucker zu einem Preise, der aller Berechnung spottete, hergestellte, wöchentlich einmal erscheinende Zeitung „Der Arbeiter“ (herausgegeben von F. Wirth), welche ein sehr klägliches Dasein fristet, ging in benannte Office über und erklärte Herr Mahlau, für diese Arbeit nicht mehr als 10 Proc. Aufschlag bezahlen zu können. Die Versammlung beschloß, daß kein dort stehendes Verbandsmitglied unter dem 20procentigen Aufschlag auf den Tarif arbeiten dürfe, was uns voraussichtlich in nächster Zeit noch einige Gemäßigtere zuführen wird. Bemerkenswert sei hierbei noch, daß in betr. Office nur noch wenige Verbandsmitglieder stehen; die Mehrzahl der dortigen Gehilfen wurde „der hohen Steuern wegen“ fahnenflüchtig und kann man wohl annehmen, daß das Vorgehen des Herrn Mahlau schon eine Folge jenes Schrittes ist. Die in einer der letzten Nummern des „Corr.“ enthaltene Mittheilung, im Mahlau'schen Geschäft wäre überhaupt eine 10procentige Reducirung eingeführt, welche durch eine Stunde Mehrarbeit ersetzt würde, ersuhr in scharfer Weise die gebührende Rüge. — Den nächsten Punkt bildete die Entreprise der hiesigen „Nachrichten“. In Nr. 49 des „Corr.“ befindet sich ein Artikel, unterschrieben Richard Salting, welchen letzterer, kurz nachdem ihm in betr. Druckerei gekündigt wurde, geschrieben hat. Zusammengefaßt ist der Artikel aus wissenschaftlichen Unwahrheiten, resp. Verschweigung von Thatfachen und Infulden wider den hiesigen Verein. Es wird da z. B. behauptet, die Nachrichten wären von 5 Sechern 35 Proc. unter dem Tarif in Entreprise genommen. Die Unwahrheit der Behauptung liegt klar zu Tage, da es ja unmöglich ist, daß bei einem solchen Preise die Uebernehmer den übrigen Sechern der „Nachrichten“ den Tarif (wenn auch größtentheils nur das Minimum) bezahlen könnten. Weiter ist in dem Artikel unwahr, daß sich noch Niemand mit der betr. Angelegenheit befaßt hätte; letztere bildete schon einmal, und zwar anfangs Juli v. J., einen Punkt unserer Tagesordnung, welcher in dem Auftrage an die dortigen Vereinsmitglieder, berechnigte Beschwerden über vorgekommene Ungehörigkeiten sofort zur Anzeige zu bringen, erledigt wurde. War es Hr. S. unmöglich, die Versammlungen zu besuchen, so hätte er sich ja schriftlich an den Vorstand wenden können und zwar sogleich, nachdem er Ungehörigkeiten bemerkte, nicht aber erst, als ihm gekündigt worden war, wodurch derartige Angriffe bedeutend an Werth verlieren. Seine weitere Behauptung, er wäre in der Versammlung als jugendlicher Mensch mit Schlagwörtern, wie „erst Erfahrungen machen“, „Grünshabel“ u. v. von vornherein mundtot gemacht worden, enthält eine grobe Beleidigung des hiesigen Vereins, und ist, um so dreister, als Herr S. eine hiesige Versammlung niemals besucht hatte. Ein von den 5 Entrepriseurs der „Nachrichten“ eingegangener längerer Brief erklärt den Artikel Salting's als gemeine Lüge und behauptet, sie ständen auf dem Boden des Tarifes, hielten sich jedoch nicht für verpflichtet, ihren Vertrag zu veröffentlichen, da sie tarifmäßig bezahlten. Eine lange Debatte, in welcher von fast sämtlichen Rednern der S.'sche Artikel gerügt wurde, fand ihren Schluß im Uebergang zur Tagesordnung, da triftige Gründe gegen die Zulässigkeit der Entreprise fehlten, die betreffenden Secher über eine Verschlechterung gegen früher nicht klagen und außerdem der Tarif keinen Anhaltspunkt zum Einschreiten giebt. Von einem Redner wurde noch die Nicht-Anonymität des S.'schen Artikels gelobt und entschieden getadelt das Verhalten eines der fünf Uebernehmer gegen Salting, welches letzterer in einem weitem Artikel mit Recht der Deffektivität preisgab. — Der vierten Punkt der T.-O. bildende Antrag auf Gewährung einer Extra-Unterstützung zum Reisetage aus Vereinsmitteln wurde zurückgezogen, da er bei der in nächster Zeit voraussichtlich starken Zuanpruchnahme unserer Kasse wenig Aussicht auf Erfolg haben dürfte. Den Schluß der Versammlung bildete das wenig erfreuliche Geschäft des Ausschusses von 10 Mitgliedern wegen Neffen, deren Namen wie üblich im Vierteljahrs-Bericht zur Veröffentlichung gelangen.

g. Frankfurt a. M., 29. Januar. (Bericht über die allgemeine Buchdrucker-Versammlung von Sonntag, den 28. Januar.) Tagesordnung: Die Reducirung des Localzuschlages in der Druckerei von Kumpf & Reiss. Wenn ich heute und zwar noch unter der ergebenden Einbrud der erwähnten, von ausgezeichnetem Geiste getragenen Versammlung die Hoffnung ausspreche, daß die Frankfurter Gehilfenschaft sich des Unstandes bewußt bleiben und danach handeln wird, daß es sich diesmal um Sein oder Nichtsein eines fernern noch einigermaßen erträglichen Daseins handelt, daß ein fauler Friede uns nur schlimmere Zustände bringen kann, so geschieht das im Hinblick auf die empörende Art und Weise, womit die Herren Principale unsere gegenseitigen Abmachungen mit Füssen treten; Ab-

machungen, für deren Zustandekommen die Gehilfen neben Kosten noch Mühe spenden, und welche von ihnen unentgeltlich Gesehen gleich geachtet wurden. Wenn die Principale Berlins im Sommer vorigen Jahres geschlossen vorgehen, so haben wir es mit einem Einzelkampf, mit partiellen Ausperrungen zu thun, da sich die hiesigen Principale über die Art des Vorgehens nicht einigen konnten. Der Grund dafür liegt in der maßlos betriebenen Schmutzconcurrentz, einer Concurrentz, die Alles in dieser Beziehung bisher Dagewesene weit hinter sich läßt. Ein Bröckchen davon ist der, wenn nicht authentisch verbürgte, so doch jedem hiesigen Buchdrucker höchst glaubwürdige Umstand, daß Herr Horstmann sich erboten haben soll, die „Deutsche Reichspost“ (Kumpf & Reiss, wo wegen des schlechten Preises zuerst mit Reducirung begonnen wird) um ca. 10,000 Mark jährlich billiger herzustellen, als wofür sie jetzt gedruckt wird! Doch zurück zur Versammlung — ein Schlußwort behalte mir noch vor. Herr Döll, als Bericht-erhalter, führte in längerer und treffender Rede aus, daß es von jeher Princip gemein sei, die Arbeitsverhältnisse, resp. die Bezahlung der Arbeit nach den Preisen der Lebensmittel zu regeln. Heute sei das anders; wir sollen mit dem Preise unserer Arbeitskraft heruntergehen, damit die Herren Principale ja keinen Theil zur Bezahlung der gemachten Fehler während der Gründerperiode beizutragen brauchen. Leichter werde das Durchsetzen dieser Forderung allerdings den „Herren“ durch unsere Verfahrenste gemacht, weil sich die größere Zahl der Gehilfen von unseren Bestrebungen fernhält. Die gewählte Commission, deren Aufgabe es war, mit Herrn Kumpf zu unterhandeln und womöglich die Sache in Frieden beizulegen, habe eine schlechte Aufgabe gehabt, weil man sich immerhin ungleich gegenüber standen. Herr R. erklärte, er habe mit dem Vereine nichts zu schaffen, ebensowenig könne er sich mit dem Schiedsgericht befassen, weil selbiges hier sehr im Argen liege. Zuletzt sprach er Alles der Schmutzconcurrentz in die Schuhe und erklärte, die meisten Principale seien nicht im Stande, diesem Uebel zu steuern. Neben kommt schließlich zu der Folgerung, daß wir gegen eine Reducirung Alle einzutreten hätten, weil Alle dabei das höchste Interesse haben, und zwar solle man nicht nur moralisch, sondern auch pecuniär seine Pflicht thun, weil die Mittel des Verbandes durch die großen Ausgaben des abgelaufenen Jahres bald erschöpft sein würden. Herr Schrader erwähnt noch des Herrn Osterleth, der (allerdings nur 100,000 Mark, noch kein Millionär) ebenfalls für gewisse Werte nur 10 Proc. Localzuschlag bezahle — eine neue Art des Verfaßrens, wie man mißliebige Gehilfen bald los wird und damit langsam aber sicher für das ganze Geschäft einen 10procentigen Localzuschlag einführen kann. Die Versammlung giebt den Osterleth'schen Kollegen auf, nicht zu 10 Procent zu arbeiten, indessen sollen nur die davon Betroffenen kündigen. Ein Colleague aus der Buchdrucker von Mahlau & Walschmidt erklärt auch, daß er dort aufhöhen müsse, wenn er eine Arbeit nicht mit nur 10 Proc. Zuschlag setzen wolle. Es findet sich nur ein Redner, welcher zwar nicht direct zum Nachgeben, so doch zur gütlichen Beilegung der Sache rät, da Herr Kumpf schon Offerten von Sechern erhalten und die Kassenverhältnisse jedenfalls nicht allzu glänzend seien. Dem gegenüber wird angeführt, daß Frankfurt mit 10 Procent Localzuschlag nicht mehr gewissermaßen das Schlaraffenland sei, in das man sich gern gebe, da es schon jetzt kein begehrenswerther Platz mehr, wie Beispiele beweisen; daß der Zugang von gewissen, unseren Interessen entgegenarbeitenden Kollegen nicht im Entferntesten so stark sein werde, als das in Berlin der Fall gewesen, wo 33 $\frac{1}{3}$ resp. 25 Procent Localzuschlag gezahlt wurden. Zudem haben sich momentan die geschäftlichen Verhältnisse in unserer Branche, wie das die Reiselasse ausweist, bedeutend gebessert und ein einiges Zusammengehen der Principale sei hier der Schmutzconcurrentz wegen fast undenkbar. Es sei überhaupt unmöglich für einen verheirateten Collegen, in Frankfurt bei einem 10procentigen Localzuschlag zu existiren. Schon der Nachbarstädte wegen, die jetzt zum Theil 5 und mehr Procent Zuschlag hätten, sowie ganz Deutschland gegenüber sei es unmöglich, auf eine solche Proposition einzugehen, weil dann diese Nachbarstädte durch die Reducirung in Frankfurt sofort gezwungen wären, ihrerseits auch zu reduciren, da sonst die Arbeitslöhne zu den in Frankfurt, bei den anerkannt horrenden Lebensmittelpreisen gezählten, in zu großem Widerspruch ständen, und so nehme das Reduciren gar kein Ende mehr, bis der ganze Tarif überhaupt illusorisch geworden sei. Kern, der sich scharf gegen das Treiben der conservativen und liberalen „Herren“ wendet und deren Gebahren bei den letzten Reichstagswahlen kritisiert, nennt die conservative „Reichs-Post“ die „Himmels-Post“ und erwähnt, man solle sich nicht seinen Lohn, nach den wohlmeinenden Rathschlägen dieses Blattes, im Himmel, sondern hier auf Erden holen. Die Verleger

seien dieselben Herren, die den Wählern Freiheit und Gleichheit verprochen, indessen nicht auf Erden, denn da wollen sie die Gewalt behalten. Kern tritt ferner einen Auspruch des Herrn Mahlau bei der letzten Tarifbewegung hier, der recht deutlich die Charaktere der meisten seiner Gesinnungsgenossen erkennen lasse und der jedem Collegen den Weg zeigen müsse, den er zu gehen habe. Herr Mahlau sagte nämlich: „Ob die Arbeiter mit 10 Procent leben können oder nicht, das kann mir ganz gleichgiltig sein.“ Kern rät, folchem Gebahren gegenüber zur größten Einigkeit, nur Einigkeit könne uns zum Siege verhelfen, und reichte den Antrag ein, einen Aufruf zu freiwilligen Sammlungen in den Druckereien circuliren zu lassen. In der beigegebenen Liste sollen die Collegen sich verpflichten, wie viel sie jede Woche freiwillig geben wollen, bis die Affaire zu Ende geführt ist. Die Verwaltung der Gelder solle in den Händen der Commission liegen. Der Antrag findet einstimmige Annahme. — Die auf Antrag Döll's gewählte Unterstützungs-Commission besteht, nach Gutachten der Versammlung aus drei Verbands- und zwei Nichtverbandsmitgliedern und zwar den Herren Döll, Jacobi, Schrader, Schwabe & Kunz. Diese Finfer-Commission ist mit Executivgewalt betraut und hat die Verwaltung der Gelder, sowie die Controle über die ausgeperrten Kollegen zu besorgen. Ferner soll sich die Commission nach unserm verschwundenen Schiedsgericht bei dem Principals-Vorsitzenden erkundigen. Ueberhaupt kam in der Versammlung die Meinung sehr stark zur Geltung, daß man den Principalen durch ihr ablehnendes Verhalten dem Schiedsgericht gegenüber den Contractbruch evident nachweisen könne. Nachdem noch ein unverheirateter, ebenfalls gemäßigter Colleague erklärt, sofort abreisen zu wollen, um verheirateten Platz zu machen, und die jüngeren Kollegen zur Nachahmung seines Beispiels aufgefordert hatte, rät der Vorsitzende schließlich zum festen Zusammenhalten und zum Ausstehen in der nun hier erst gewordenen Lage der Dinge am hiesigen Orte. Und nun, Collegen Deutschlands, haltet allen Zugang von Frankfurt fern; das ist die beste Unterstützung vor der Hand! Und Ihr, Collegen Frankreichs, geht einig, Hand in Hand in dieser Euch Alle auf das Tiefste berührenden Angelegenheit mit einander vor und seid versichert, daß die Sympathien der Arbeiter von ganz Deutschland und weit über dessen Grenzen hinaus Euch folgen. Darum sei unsere Losung: Muth und Vertrauen in den Sieg der gerechten Sache in dem uns aufgezwungenen Kampfe für Freiheit und Menschenrecht!

r. München, 28. Januar. Die bevorstehende Vereinigung der Gauerbände Altbayern, Franken und Schwaben-Neuburg in einen „Bayerischen Gau“ bildet, und wol mit Recht, jetzt das Hauptgesprächsthema der überhaupt sich für vergleichliche Angelegenheiten noch interessirenden (leider nicht übermäßig großen) Collegenkreise und sei es auch mir gestattet, dem in Nr. 11 des „Corr.“ enthaltenen Essay des Herrn R. über die Vereinigungsfrage noch Etwas hinzuzufügen, resp. den Standpunkt einer Partei, die sich nicht vorbehaltlos den gemachten diversen Vorschlägen anschließen will und kann, hier zur Geltung zu bringen. Die nicht beliebte, wenigstens in dem neuen Gaustatut nicht vorgeschlagene Eintheilung des großen bayerischen Gaues in Bezirke halte ich und mit mir viele andere für einen großen Fehler, schon der erheblichen Abweichung vom Normalstatut wegen, dessen Ausarbeitung ja bekanntlich nur den Zweck hatte, möglichst die gleichen Grundzüge in der Verwaltung und Ueberwachung der verschiedenen Gaue zur Geltung und Anerkennung zu bringen. Herr R. führt an, daß durch die Eintheilung in Bezirke die Geschäftsführung nicht vereinfacht, sondern erschwert und daß im Gegentheil dem Gauauschuß bei dem Wegfall der Zwischeninstanzen eine bessere Ueberaufsicht über den ganzen Gau ermöglicht würde. Wir halten die Richtigkeit dieser Behauptungen für nicht erweislich durch irgend welche stichhaltigen Gründe, prophezeien vielmehr, daß die Praxis, die uns gegenwärtig in Bezug auf Bezirksvereine ja noch vollständig fehlt, die Notwendigkeit einer spätern Eintheilung des „Bayerischen Gaues“ in Bezirke uns wird als unabweislich erscheinen lassen. Es dürfte doch bekannt sein, daß die Bezirksvorstände vom Gauauschuß gewissermaßen nur als Executivbeamte, als Wächter und Hüter der Aufrechterhaltung der Organisation, als geeignete Agitatoren, schließlich zur Ausführung rein mechanischer Verwaltungsarbeiten verwendet werden. Eine bessere Ueberaufsicht des Gauauschusses über den territorial so große Dimensionen einnehmenden Gau dürfte bei dem Mangel aller Zwischeninstanzen doch sehr problematisch sein — mag das Auge des Gauauschusses noch so scharf sehen, bis in die entferntesten Winkel seines Rayons reicht sein Gesichtskreis doch nicht und während die gleich den Namen eines Polypen nach allen Richtungen hin sich erstreckenden Zweige der Bezirksverwaltungsdörper das in ihrer unmittelbaren Nähe Vorkommende sofort wahrnehmen und richtig beurtheilen können, ist der Gauauschuß

häufig in der Lage, zur Untersuchung des etwa Vor-
gefallenen, zur genaueren Information über irgend
welchen wichtigen Umstand kostspielige Reisen zu unter-
nehmen, mindestens aber viel Zeit und Porto mit den
zur Aufklärung nötigen und oft zu dieser nicht ein-
mal führenden Schreibereien auswendig zu müssen.
— Ein anderer Umstand ist es jedoch hauptsächlich,
der mir zu diesen Zeiten Veranlassung giebt und das
ist der, daß von gewissen Persönlichkeiten und aus
gewissen Gründen beliebt wurde, als Emporium für
den künftigen Gau „Bayern“ Nürnberg und nicht,
wie dies wol den Verhältnissen besser entsprochen hätte,
die Landeshauptstadt vorzuschlagen. Ich glaube hier
constataren zu müssen, daß ich genau aus denselben
Gründen, die Herr R. anführt, München mit der
Ehre, Gauvortort zu sein, bedacht wissen will. Die

Behauptung von der centralen Lage Nürnbergs ist
sehr ansehnlich; denn die bedeutenderen Städte Bayerns
liegen wol München ebenso nahe oder näher als Nürn-
berg, abgesehen von der günstigen Eisenbahnverbin-
dung, deren sich München den anderen Städten gegen-
über nach allen Himmelsrichtungen hin zu erfreuen
hat. Ferner werden die faulen Zustände in München
als Grund des Nichtbeliebenseins unserer Hauptstadt als
Vortort geltend gemacht. Und das sagt man Ange-
sichts der auf Erhöhung des Localzuschlages gerichteten
Agitation bei uns. Man möge doch bedenken, daß
wir in eine solche Agitation nur eintreten können,
wenn wir hierorts, wenn auch nicht das numerische,
so doch wenigstens das moralische Uebergewicht in
Wälde wieder gewinnen und erhalten. Hierzu brauchen
wir die Nichtverbandsmitglieder jedoch sehr nöthig

und es läßt sich annehmen, daß München als Sitz
des Gausausschusses unseren Gegnern, resp. den Nicht-
verbändlern viel mehr imponirt und viel mehr geeignet
ist, neue Kräfte wieder an uns heranzuziehen, als im
umgekehrten Falle bei der Bedeutungslosigkeit, in die
München gegenüber Nürnberg herabsinken würde.
Wenn sich die Nichtverbändler entgegenwärtigen, daß
es nur an ihnen gelegen, daß für München der so
äußerst nothwendige und gerechtfertigte Localzuschlag
von 16% (warum bei der Decimaleintheilung des
Münzwesens nicht 15? D. Neb.) Prozent nicht schon
seit 1873 gezahlt wird, so dürfte die Einsicht, daß es
bei den gegenwärtigen Zeitverhältnissen mehr denn je
nur einer vorbehaltslosen Einigung aller hier in Be-
tracht zu ziehenden Elemente möglich sein dürfte, einen
Erfolg zu erzielen, bei ihnen sich bald Bahn brechen.

Anzeigen.

In Hamburg steht eine neu eingerichtete
Buchdruckerei
mit vierfacher Schnellpresse und Gasmotorbetrieb
von vier Pferdekraft Umstände halber sofort ganz oder
theilweise billig zu verkaufen oder zu vermieten.
Näheres durch **L. B. Reger**, Hamburg, Spalbing-
straße 152 c. [203]

Eine im Betriebe und sehr gutem Zustande befindliche
Buchdruckerei
in einer Hauptstadt der Provinz Hessen ist wegen Auf-
gabe des Geschäfts für 14,000 Mk. halbigst zu verkaufen.
Näheres unter **A. R. Z. 111** durch die Exp. d. Bl. [111]

Für Buchdruckereien!
(Besonders Zeitungsdruck.)
Wegen Anschaffung von Rotationsmaschinen preis-
würdig zu verkaufen:

eine **Doppelmaschine**
(aus der Fabrik von G. Hummel)
mit doppelter Farbverreibung, Kreisbewegung, ver-
stellbarem Cylindere. Druckleistung bis zu 3500
Exemplaren pro Stunde. Satzgröße 65:98.
Vermöge des verstellbaren Cylinders ist die Ma-
chine zum Druck fast jeden Formates geeignet.
Günstige Zahlungs-Bedingungen. Näheres in der
Möller'schen Buchdruckerei in Berlin. (954) [205]

Für Etablissementslustige.
Eine durch Maschine freigewordene
Möller'sche Handpresse
größeren Formates, sehr gut aussehend, ist mit allem
Zubehör zu verkaufen, nur gegen Kasse. Preis 300 Mk.
Offerten erbittet [114]
C. G. Grünwald in Ruhland (Schlesien).

Ein junger, im glatten Satz sehr
flinker Setzer,
der Lust hat, sich an der Maschine auszubilden,
erhält pr. 15. Februar Condition. Reflectanten wollen
sich unter Mittheilung ihrer Gehaltsansprüche unter
Schiffre **M. A. 926** an die Herren **Haasenfein & Vogler**
in Leipzig wenden. (H. 3640) [194]

Ein tüchtiger und gewandter
Maschinenmeister
gefesten Alters, der in allen Zweigen seines Faches
erfahren ist, findet in einer Hauptstadt Süddeutsch-
lands Stelle. Ueber Zuverlässigkeit und Solidität
werden Zeugnisse verlangt. — Offerten zur Weiter-
beförderung sind an die Exp. d. Bl. zu richten unter
A. A. 195. [195]

Maschinenmeister-Gesuch.
Ein tüchtiger Maschinenmeister, der auf dauernde
Condition sieht, gefesteten Alters, zur Verfertigung zweier
Maschinen, der auch im Illustrationsdruck nicht un-
erfahren, findet in einer süddeutschen Provinzialstadt,
in der sehr billig zu leben ist, dauernde Condition.
Gewisses Gehalt 25 Mark. Eintritt am 24. Februar.
Nur ganz zuverlässige Herren wollen sich melden unter
der Schiffre **C. W. 187** in der Exp. d. Bl. [187]

Ein tücht. Setzer, in allen Branchen erfahren, sucht
am liebsten in Zeitungs- oder Werkfabr. sofort
oder später Condition. Offerten beliebe man zu richten
an **Albert Weigand** in Berlin, Gr. Frankfurterstr.
Nr. 8b, Hof 1 Tr. [202]

Ein tüchtiger Buchbinder,
welcher nachweislich befähigt ist, mit Geschid und
Energie den technischen Betrieb einer großen
Geschäftsbücherfabrik
zu leiten, kann sofort eine sehr angenehme u. dauernde
Stellung erhalten. Solche, die schon bei **Rönig &
Ehhardt** in Hannover, Koller in Wien oder in anderen
renommirten Fabriken der Art in ähnlicher Stellung
conditionirt haben, erhalten den Vorzug. Es wollen
sich nur ganz tüchtige Kräfte unter Beifügung von
Zeugnissen u. melden. — Offerten unter **L. St. 209**
durch **Rudolf Mosse** in Leipzig. (902) [199]

Ein verheiratheter Buchdrucker,
32 Jahre alt, bisher selbstständig, in allen Zweigen
der Buchdruckerei, wie in der Buchführung tüchtig,
von gewandtem Umgang, und in der Lage, den Prin-
cipal nach jeder Seite hin selbstständig zu vertreten,
sucht eine seinen Leistungen entsprechende Stellung.
Gef. Off. sub **J. B. 201** bef. die Exp. d. Bl. [201]

Ein **Metteur** sucht Stellung. Off. unter **X. Y. Z.**
Hamburg, Rajen 2, 1. Et. [206]

Der erste
Accidenzsetzer
eines größeren Etablissements, zugleich
geübter **Corrector** und **Metteur-en-
pages**, sucht, gestützt auf gute Re-
ferenzen, Verhältnisse halber zu bald.
Eintritt anderweites Engagement. —
Offerten sub **L. B. H. 8954** an die
Ann.-Exp. d. Bl. **Dietrich & Co.**
in Cassel erbeten. [192]

Ein tüchtiger **Maschinenmeister**
sucht eine Stelle. Eintritt nach Belieben. Gef. Off.
unter **A. P. 173** durch die Exp. d. Bl. erbeten. [173]

Ein militärfreier, zuverlässiger und solider
Maschinenmeister,
auch im Accidenz- und Plattenruck bewandert, sucht,
am liebsten in Leipzig, Condition. Offerten unter
K. K. Leipzig, Kurze Straße 5. [207]

Ein **zuverlässiger Maschinenmeister**
(30 Jahre alt) sucht feste Stellung. Gef. Off. an **H. Seif**
in Dresden, Jagdweg 13, Hinterh. 2 Tr. [197]

Ein **Maschinenmeister,**
Mitte der Dreißig, im Accidenz-, Wert- und Zeitungs-
druck bewandert, in letzter Zeit drei Schnellpressen
bedienend, sucht innerhalb Mittel- oder Süddeutsch-
lands bis Ende Februar anderweitige Stellung. Gef.
Offerten unter **A. W. 198** durch die Exp. d. Bl. [198]

Dauernde Stellung sucht bis zum 24. Februar
ein im Werk-, Platten-, Accidenz- und Zeitungsdruck
wohlverfahrener

Maschinenmeister,
welcher auch das Einlegen und Punktieren versteht;
auch weiß derselbe mit der Gaskraftmaschine umzu-
gehen. Zeugnisse stehen zur Seite. Offerten unter
G. H. 104 befördert **F. Färber** in Orlitz, Demian-
platz 39. [196]

Verlag von **Alexander Waldow** in Leipzig.
**Praktisches Handbuch für Buchdrucker im Ver-
kehr mit Schriftsetzereien.** Von **Hermann
Smalian**. 1. Auflage. Preis 4 Mk.

Die etwa im Mai 1877 erscheinende, vom
Verfasser in höchst anerkennenswerther Weise ver-
mehrte und verbesserte zweite Auflage wird
etwa 5 Mk. 25 Pf. kosten.

Die doppelte Buch- und Geschäftsführung für
Buchdruckereien und verwandte Geschäfte. I. Theil.
Herausgegeben von **J. H. Frese**. Preis 4 Mk.
do. II. Theil. Herausgegeben von **G. Dönges**,
Director der kaufm. Fortbildungsanstalt zu Leipzig.
Einen zweimonatlichen Geschäftsgang zur Erläuterung
des I. Theiles enthaltend. Preis 4 Mk.

Der II. Theil enthält auch **Anleitung zur ein-
fachen Buchführung.** [20]
Lieferung per Buchhandel. Bei vorheriger Franco-
Einfendung des Betrages liefert die Verlagsbuchhandlung **Direct**, bei
Beträgen von 3 Mark an in Deutschland auch **franco**.

Unterszeichnete bezeugen hiermit auf Wunsch recht
gern die Preiswürdigkeit und solide Ausführung der
von Herrn **Louis Guth jun.** in Böhmisch (Thür.)
gefertigten **Bierdeckel** und **Pfeifenköpfe**
mit **Buchdruckerwappen.**
P. Tiesel, **Jos. Silbersdorf**, **M. Silbersdorf**,
C. Drechsler, **E. Kaiser** in Mainz.
W. Kleit, **F. Wolf**, **A. Günther**, **A. Schön-
berg**, **R. Wittig**, **G. Bemm**, **O. Mehrmann**,
H. Taubert, **E. Peusdorf** in Zeitg. [193]

Berein „Aloppholz“ Leipzig.
Sonntabend, 3. Febr.: Vereinsversammlung im
Vereinslocale **Restaur.** Sophienbad. Der Vorstand. [200]

Restauration
zur **Wölbling'schen Brauerei.**
Von Freitag, den 2. Februar, ab [204]

Bockbier,
à Seidel 15 Pf. Bockwürstchen ff. Es ladet zu
zahlreichem Besuche höchlichst ein **C. Weigel.**

Maschinenmeister-Verein
Hamburg-Altonaer Buchdrucker.
Regelmäßige Monatsversammlung
Sonntag, den 4. Februar 1877, Abends 9 Uhr,
im Vereinslocale, Weststraße Nr. 2. [30]
Der Vorstand.

Briefkasten der Expedition.
Nachbenannte Herren werden hierdurch aufgefordert, entweder
ihre jetzigen Adressen oder die bezeichneten Beträge umgehend an
uns einzuliefern:
Hugo Bierstedt, fr. in Posen (Mk. 2. 70 incl. Retourporto für
Nachnahme).
A. H. Menger, Buchdr.-Verf. (Expedition des Erzgebirgs-Wolfs-
bates), fr. in Gehe (Ergeb., Mk. 16. 75).
Albert Eisele, Minstr., fr. in Wusthal (Baben, Mk. 1. 45).
A. Ditzler, Schriftf., fr. in Berlin (incl. Retourporto für Nach-
nahme Mk. 2. 25).
Freischwinger, fr. in Berlin (Post 50 Pf.).
Anton Kliment, Minstr., fr. in Simmer (Mk. 2).
Schiffst. Wubra, fr. in Leipzig, Buchdr. von Reiner (Mk. 1. 25
Abonnementgebühren).
Julius Hein, Coosfeld (Welfen), Buchdr. von Witteveen &
u. d. Höhe (Mk. 1. 25 Abonnementgeb.).
Willy Schmidt, Schriftf., fr. in Bromberg (70 Pf.).
Carl Rufs, Schriftf., fr. in Reßl a. Rh. (85 Pf. Abonnementgeb.).
Carl Schrader, Minstr., fr. in Ravensburg (Gamm.), Kaufher's
Buchdr. (Mk. 1. 55).
C. Gruber, Schriftf., fr. in Augsburg, Cotta'sche Buchdr.
(85 Pf.).
Carl Richter, fr. in Meseritz (Posen), (Mk. 2. 95).